

Das Nagelbomben-Attentat in Köln

Regine Wittram und Peter Dippoldsmann

Einleitung

Das heutige Thema ist: Köln fährt zum NSU-Prozess nach München. Gegen die rassistische Spaltung der Gesellschaft. Sie ist die 2. von drei Veranstaltungen mit unterschiedlicher Gewichtung zur Keupstr. Die 3. findet am kommenden Dienstag, 25.3.14 im Mühlheimer Bezirksrathaus am Wiener Platz statt. Hier werden besonders die BewohnerInnen der Keupstr. sprechen.

Wir werden heute über das Nagelbomben-Attentat der Neo-Nazis in der Köln-Mühlheimer Keupstr. berichten, welche gesellschaftliche Bedeutung dieses Attentat hat und welche Schlüsse und Konsequenzen u.E. daraus zu ziehen sind.

Ganz konkret möchten wir erreichen, dass sich möglichst viele Menschen bereit erklären, mit nach München zum NSU-Prozess zu fahren. Und das aus zwei grundlegenden Überlegungen:

1. Die Opfer der Keupstr. brauchen unsere Unterstützung und Rückendeckung, wenn Sie im Prozess mit den Nazitätern und den erlittenen Folgen des Attentats wieder konfrontiert sind. Das Trauma des Attentats und der darauffolgenden Traumatisierungen durch die staatlichen Institutionen werden wieder aktuell. Die Menschen der Keupstr. brauchen ein Signal, dass wir sie nicht alleine lassen, sondern zu Ihnen stehen.
2. Empathie, Mitgefühl zu zeigen ist die eine grundlegende Sache. Die andere ist, dass wir uns u. E. klar machen müssen, dass das Attentat der Neo-Nazis nicht nur gegen die sog. Fremden, sondern auch gegen alle, die sie als Nicht-Zugehörig bezeichnen, gegen alle, die eine menschliche und offene tolerante Gesellschaft wollen, gerichtet war. Das Attentat als tödlicher Ausdruck des Rassismus der Mehrheitsgesellschaft, der staatlichen Institutionen, Medien und anderer gesellschaftlicher Akteure fordert uns also zusätzlich, zu überlegen, ob wir es allein bei der Anteilnahme an der Situation der Opfer belassen können und ob wir nicht aus ureigenem Interesse gegen den herrschenden Rassismus aktiv werden müssen. Ein kleiner Baustein dazu könnte sein, mit zum NSU-Prozess nach München zu fahren, wenn dort die Keupstrasse verhandelt wird. Dazu am Schluss genaueres.

Zu Beginn sagen wir etwas zur Keupstrasse allgemein, zum Attentat und den Ermittlungen.

Danach wird kurz auf die Rolle der Medien eingegangen.

Dann: wie hat sich all dies auf die Menschen aus der Keupstrasse ausgewirkt und wie haben wir reagiert, die wir eine solche rassistische Gesellschaft nicht wollen?

Es folgt ein Teil, indem wir darstellen, dass die Mehrheitsgesellschaft ein massives Problem hat, dass sie das Problem ist.

Zum Schluss wird noch ein kurzer Film gezeigt: "Ich kenne meine Feinde" - Die migran-tische Community und der NSU.

Danach Diskussion und Hinweise wie die Fahrt nach München ablaufen soll.

Die Keupstraße.

Die Keupstraße entstand während der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts in der damals noch selbstständigen Stadt Mülheim am Rhein. Der heutige Straßename erinnert an die Witwe eines Mülheimer Getreidehändlers, die das Kapital für das 1857 hier gegründete Krankenhaus stiftete, das bis 1975 in Betrieb war.

Schon während der Industrialisierung wurden viele ausländische Arbeitskräfte mit der Aussicht auf Arbeit und Lohn angeworben. Dies setzte sich auch nach dem Zweiten Weltkrieg fort. Bereits in den 50er und 60er Jahren zogen wieder Arbeitsmigranten in die Keupstraße. Die damaligen Kabelwerke Felten & Guillaume in der benachbarten Schanzenstraße beschäftigten in diesen Jahrzehnten bereits eine große Zahl von Menschen unterschiedlicher Herkunft. Die Arbeiter suchten in Köln preiswerten Wohnraum. Sie fanden ihn in den damals sanierungsbedürftigen und teilweise herunter gekommenen Mietshäusern in der Nähe ihres Arbeitsplatzes.

In den siebziger Jahren gab es in der Keupstraße eine Drogenszene, Wohnungen verammelten, Läden standen leer. Schließlich mieteten sich türkische Existenzgründer ein. Die Entwicklung zu einem türkischen Handels- und Dienstleistungszentrum in Köln begann.

In der Straße gibt es zumeist viergeschossige Wohn- und Geschäftshäuser aus der Gründerzeit, dem frühen 20. Jahrhundert und Zweckarchitektur der Nachkriegszeit.

Die Erdgeschosse der Häuser werden von Kaufleuten, mehrheitlich türkischer Herkunft, als Ladenlokale genutzt. Es gibt Geschäfte unterschiedlichster Branchen und Gewerbebetriebe sowie zwei Moscheevereine. Die Geschäftsfassaden sind teilweise im ursprünglichen Zustand erhalten, einige wurden modern gestaltet, andere wiederum mit sog. orientalischen Ornamenten verziert.

In den Obergeschossen leben heute überwiegend Familien mit türkischem Hintergrund. Aber ca. 30 % der Keupstraßenbewohner sind Herkunftsdeutsche.

Der Einzelhandel ist mit Bäckereien und Konditoreien, Juwelier-und-Haushaltsgeschäften, Bekleidungsgeschäften, Boutiquen und Teleshops vertreten.

Das Dienstleistungsgewerbe ist mit einer Fahrschule, Immobilienagentur, Reisebüro, einer Änderungsschneiderei, einem Fotoatelier und mehreren Friseursalons vertreten. Es gibt eine Buchhandlung und eine Anwaltskanzlei. Bankfilialen oder Arztpraxen fehlen. Eine Vielzahl an Imbissstuben, Teestuben, Kneipen und Restaurants runden das Bild in der Gastronomie ab. Die Restaurants werden von einem gemischten Publikum frequentiert und die Straße hat durch ihr spezielles Angebot an türkischen Waren auch überregionale Bedeutung gewonnen.

Abgesehen von dieser kulturellen Prägung ist die Keupstraße, von ihrer **sozialen und ökonomischen** Zusammensetzung her gesehen, eine ganz normale-Einkaufsstraße mit Kleingewerbetreibenden, Geschäftsleuten, Angestellten, also mit Menschen mit

unterschiedlichen Herkünften und Erfahrungswelten, die mit ihren Gewohnheiten, ihren Differenzen, Konflikten und Streitigkeiten zusammen oder nebeneinander her leben, wie überall in der Stadt. Es ist der rassistische Blick der Mehrheitsgesellschaft auf die als nicht zugehörig ausgegrenzten Menschen der Keupstraße, die diese Straße als etwas „Anderes“ erscheinen lässt.

Das Bombenattentat

Bei dem **Nagelbomben-Attentat in Köln** detonierte am 9. Juni 2004 in der Keupstrasse eine ferngezündete Nagelbombe.

Auf Videoaufnahmen der Überwachungskamera des Musiksenders VIVA sind über fast 2 Stunden die Täter immer wieder zu sehen, wie sie zunächst die späteren Fluchtfahrräder bereitstellen, wie sie dann die Bombe in einem Hartschalenkoffer auf dem Damenfahrrad (das bekannte Bild) zu dem Friseursalon Özcan brachten, wie sie eine Minute nach der Detonation der Bombe wegfahren. Die Täter müssen sich also während der Zündung im Umfeld des Tatorts aufgehalten haben.

Die Bombe bestand aus einer mit Schwarzpulver und 700 zehn Zentimeter langen Zimmermannsnägeln gefüllten Dreikilo-Gasflasche. Durch die Wucht der Explosion wirkten die Nägel wie Projektile. Dabei wurden 22 Menschen verletzt, vier davon schwer. In dem Friseursalon brach Feuer aus und er wurde vollständig verwüstet. Mehrere weitere Ladenlokale und zahlreiche parkende Autos wurden durch die Explosion und die herumfliegenden Nägel erheblich beschädigt.

Die Ermittlungen

In den ersten Minuten nach dem Anschlag geht die Kölner Polizei von einer Gasexplosion aus, dann werden die Nägel gefunden. Eine Ringfahndung wird gestartet.

Das Landeskriminalamt in Düsseldorf versendet zunächst an verschiedene Sicherheitsbehörden eine E-Mail mit der Betreffzeile: "Terroristische Gewaltkriminalität". Kurz nachdem es den damaligen NRW-Innenminister Behrens informiert hatte, bittet das Lagezentrum der Polizei beim NRW-Innenministerium allerdings, den Begriff "'terroristischer Anschlag' aus dem momentanen Schriftverkehr" zu streichen. Wer aus welchem Grund diese Anweisung erlassen hat, ist bisher ungeklärt. Das LKA jedenfalls folgt der "Bitte", ändert seine Einschätzung und verschickt eine weitere E-Mail: "Die im Bezug genannte Lage-Erstmeldung wird korrigiert. Bisher liegen keine Hinweise auf terroristische Gewaltkriminalität vor." Eine Begründung dafür wird nicht genannt.

Am Tag nach dem Attentat verkünden Bundesinnenminister Schily und NRW-Innenminister Behrens: "Die Erkenntnisse, die unsere Sicherheitsbehörden bisher gewonnen haben, deuten nicht auf einen terroristischen Hintergrund, sondern auf ein kriminelles Milieu." Im Weiteren versuchten die Ermittlungsbehörden glaubhaft zu machen, dass keine fremdenfeindliche Motivation bestand.

Die Ermittler vernehmen immer wieder die Anwohner, werten Mobiltelefonate aus und überprüfen per Rasterfahndung alle 25- bis 35-jährigen Männer im Viertel. Weil

die Polizei über einen Racheakt, einen Streit im Türsteher-, Drogen oder Rotlichtmilieu, Schutzgelderpressung oder über einen Anschlag der PKK oder der Grauen Wölfe spekuliert, platziert sie verdeckte Ermittler in der Keupstraße. Nach einem halben Jahr stellt die Polizei fest, dass es solche Zusammenhänge nicht gibt. Auch ein Vergleich mit dem 2001 verübten Bombenanschlag in der Kölner Probsteigasse auf das Lebensmittelgeschäft einer deutsch-iranischen Familie verläuft ergebnislos. Nach rund 3.000 ergebnislos abgearbeiteten Spuren stellt die Kölner Staatsanwaltschaft die Ermittlungen 2008 ein, für weitere Untersuchungen fehlen angeblich "jegliche Ansatzpunkte".

Die Bewohner der Keupstraße weisen die Polizei mehrfach daraufhin, dass der Anschlag möglicherweise in einem Zusammenhang zu den Serienmorden an türkischen Geschäftsleuten in Deutschland stehe oder die Täter ein fremdenfeindliches Motiv gehabt haben könnten. Dies wird nicht nur als Mutmaßung und Spekulation abgetan, sondern zum Tabu erklärt: einem Zeugen, der diesen Verdacht äußerte, wird von einem Vernehmer bedeutet, dass er darüber schweigen soll. Das führte zu erheblicher Verunsicherung und Zweifeln am Aufklärungswillen der Polizei.

Im November 2011 konnte der Anschlag dem rechtsterroristischen „Nationalsozialistischer Untergrund“ zugeordnet werden. In einer DVD, die in den Trümmern der Wohnung von Mundlos/Böhnhardt/Zschäpe in Zwickau sichergestellt wurde, bekennt sich der NSU u.a. zu dem Bombenanschlag in der Keupstraße.

Aber die pauschalen Verdächtigungen und Diskriminierungen der Keupstraßenbewohner hören danach nicht auf: z.B. ausgerechnet in der Keupstraße ließ Bundesinnenminister Friedrich im Herbst 2012 kartonweise Postkarten der „Beratungsstelle Radikalisierung“ gegen islamistische Terrorgruppen und religiöse Fanatiker verteilen und stellt damit also die Bewohner der Keupstraße wieder unter Generalverdacht.

Die sog. Ermittlungs-“pannen“

Das Videomaterial des Musiksenders VIVA wurde bis 2013 nur lückenhaft beachtet. In den Akten lag deutlich mehr Bildmaterial, als nur die über Jahre gezeigte Sequenz eines radschiebenden einzelnen Mannes. Insgesamt wurden Mundlos-Böhnhardt an diesem Tag fünfmal von zwei verschiedenen Kameras des Senders aufgenommen, wie wir ja schon beschrieben haben.

Bei der Befragung von Markus Weber, dem leitenden Ermittler der Kölner Polizei durch den NSU-Untersuchungs-Ausschuss kommt zur Sprache, dass die Kölner Polizei die Täter fast nur in der Region gesucht hat. Weber gab an, das sei damals die plausibelste und nahe liegendste Möglichkeit gewesen, da die Täter mit Fahrrädern unterwegs gewesen seien. Die Polizei habe angenommen, dass sie "im näheren Umfeld des Tatortes zumindest einen sogenannten Ankerpunkt haben mussten." Davon muss man zwar durchaus ausgehen, dass sie in Köln oder im Umland einen Ankerpunkt hatten, aber die Ermittlungen hätten darauf nicht reduziert werden dürfen.

Die Ermittlungen sind jedoch nicht nur räumlich, sondern auch zeitlich eingegrenzt worden. In der BKA-Zentraldatei über Sprengstoffanschläge waren auch Uwe Mund-

los, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe aufgeführt, denn 1998 waren in Jena in einer von Böhnhardt angemieteten Garage vier funktionsfähige Rohrbomben gefunden worden. Die LKA-Abfrage von 2004 reichte allerdings nur 5 Jahre zurück, also bis Januar 1999, und blieb somit ohne Treffer.

Auch inhaltlich haben die Kölner Fahnder mit einem Tunnelblick gearbeitet. So wurde im NSU-Untersuchungsausschuss bekannt, dass Profiler des LKA NRW schon im Juli 2004 eine sogenannte Operative Fallanalyse erstellt hatten, in der klar eine fremdenfeindliche Motivation als das wahrscheinlichste Motiv der Täter benannt worden sei. Zwar wurden einzelne Hinweise auf Neonazis abgearbeitet, doch sie hatten offenbar keinen weitergehenden Einfluss auf die Ermittlungen. Ein in Köln kurze Zeit nach dem Anschlag gefundenes ausländischerfeindliches Flugblatt wurde einfach nur in den Akten abgeheftet.

Ein weiteres Ermittlungsdefizit ist der Austausch zwischen Verfassungsschutz und Polizei. So wird offenbar ein Dossier des Bundesverfassungsschutzes der Kölner Polizei nicht zur Verfügung gestellt, in dem es um Nagelbomben-Anschläge auf MigrantenInnen in Großbritannien und um deutsche SympathisantInnen der englischen Neonazi-Gruppe "Combat 18" geht. Und das Bundesamt für Verfassungsschutz erhält keine Kopie der Aufnahmen, die die Viva-Überwachungskameras von den mutmaßlichen Tätern gemacht haben.

Weiter wurde nicht ermittelt: im Juni 2005, nach dem Mord an İsmail Yaşar, dem fünften Opfer der NSU-Mordserie, wiesen Profiler aus Bayern auf mehrere Parallelen zwischen der Mordserie und dem Nagelbombenanschlag in der Kölner Keupstraße hin. In Nürnberg wurden Phantombilder von Verdächtigen angefertigt und die Ähnlichkeit eines Mannes mit dem Bild aus der Keupstraße festgestellt. Als weitere Gemeinsamkeit wurde die Benutzung von Fahrrädern gewertet. Und weiter: Eine Zeugin aus Nürnberg hatte außerdem auf Videoaufnahmen aus Köln die Personen wiedererkannt, die sie am 9. Juni 2005 in der Nähe des Imbisses von İsmail Yaşar in Nürnberg gesehen hatte. Trotzdem wurde von der Staatsanwaltschaft Nürnberg eine vergleichende Fallanalyse abgelehnt. Der Tatzusammenhang zwischen dem Nürnberger Mord und dem Bombenanschlag in der Keupstraße wurde nicht weiter ermittelt.

Und: Erst neun Jahre später, im Jahr 2013 wurde bekannt, dass zwei Polizisten in unmittelbarer Nähe des Bombenattentats auf Streife waren und erst 2013 vernommen wurden. Videoaufzeichnungen legen nahe, dass sich die Täter zur gleichen Zeit in derselben Straße aufgehalten haben wie die Polizeistreife.

Völlig ungeklärt blieb bisher die Aussage eines Bewohners der Keupstraße. Er hatte direkt nach dem Anschlag zwei bewaffnete Männer in der Keupstraße gesehen und mit einem von ihnen kurz gesprochen, was denn los sei. Der Zeuge ist sicher, dass dies nicht die NSU-Täter und nicht die beiden Polizisten waren. Diese hatten auch angegeben, dass sie uniformiert gewesen seien. Die beiden bewaffneten Männer in der Keupstraße, die der Zeuge gesehen hat, trugen dagegen keine Uniformen. Wer waren sie?

Von den weiteren Enthüllungen durch die NSU-Untersuchungsausschüsse zu den anderen Mordtaten, dem Vorenthalten und Schreddern der Akten, dem Schutz der Nazi-V-Männer und ihren Geldzuwendungen, die sie in den Aufbau ihrer faschistischen Strukturen steckten etc. wollen wir hier nicht reden, müssen sie aber zur Einschätzung der Lage der bundesrepublikanischen Gesellschaft mit im Kopf haben.

Nun **zur Rolle der Medien** beim Umgang mit den Bewohnern der Keupstraße.

Rassistische Haltungen werden nicht nur von staatlichen Institutionen, Strukturen und Gesetzen konstruiert. Dies geschieht auch durch die Medien. Sie sorgen mit ihren Techniken der Produktion von sog. „Wissen“ durch Bilder und Sprache dafür, dass individuelle Denkvorgänge und -strukturen zu einem vorgängigen "Wissen über die Anderen" werden, ohne es immer direkt aussprechen zu müssen.

Dabei folgen diese Konstruktionen dem immer gleichen Schema. Unterschiede zwischen Menschen werden festgestellt und in eine Werthierarchie gestellt:

- minder oder mehr wert, nützlich oder unnütz, Leistungsträger oder Sozialschmarotzer, zivilisiert oder zurückgeblieben, bildungsnah oder bildungsfern,
- global denkend, offen, demokratisch, tolerant oder statisch, verschlossen, traditionalistisch, sexistisch, intolerant, fanatisch.

Unterschiede werden nicht mehr als immer gegebene individuelle Unterschiede zwischen Menschen beschrieben und erörtert, sondern entindividualisiert durch Verallgemeinerung dargestellt. Dies geschieht z.B. durch das Reden über **die** Türken oder die „türkische“ Einkaufsstrasse. Dabei braucht nicht mehr ausgesprochen werden, dass auf der anderen Seite das „normale **Wir**“, die Ursprungs- oder Bio-Deutschen stehen.

So wurde immer wieder von türkischen Bewohnern gesprochen, egal ob sie die türkische oder deutsche Staatsangehörigkeit haben oder sogar hier geboren sind. Bestenfalls wurde von „ausländischen Mitbürgern“ gesprochen, aber auch damit stillschweigend gesagt, was in der Bezeichnung „Türken“ liegt: diese Menschen gehören nicht zu **Uns**. Obwohl diese als „MitbürgerInnen“ zu uns gehören, selbstverständlich Mitglieder der Gesellschaft sind, macht das hinzugefügte Adjektiv „ausländisch“ oder „türkisch“ deutlich, dass sie eben doch nicht dazugehören.

Welche unausgesprochenen Assoziationen und automatischen Denkstereotype sich mit der Einordnung der Opfer als ausländisch-türkisch verbinden, lässt sich besonders an den Beschreibungen der Kölner Keupstraße und den Spekulationen und Verdächtigungen über mögliche Hintergründe des Anschlags verdeutlichen.

In der Vorstellung vieler Journalistinnen wird die Keupstraße an einen fernen, exotischen und gefährlichen Ort imaginiert. Der Autor eines Leitartikels in der Süddeutschen Zeitung beispielsweise fühlte sich bei der Betrachtung der Keupstraße an „Bilder der Zerstörung aus Bagdad oder Nadschaf“ erinnert. Die Darstellung der Keupstraße als fremder Ort setzte sich auch in Schilderungen der alltäglichen Lebensrealität fort. Vermeintlich positive Beschreibungen als „orientalische Einkaufsmeile“ „Klein-

Istanbul“ etc. verbanden sich dabei mit anderen imaginierten Seiten des sog. orientalischen Flairs, wie Glücksspiel, Schutzgelderpressungen, Rauschgifthandel oder mit Machtkämpfen zwischen Türken, Kurden, Albanern, Serben und Bosniern. Viele der Mutmaßungen über den Hintergrund der Tat knüpften an die vorherige Einordnung der Keupstraße als einem sog. „fremden Ort“ an.

Probleme mit Drogenhandel und Kriminalität wie überall in der Gesellschaft wurden in der Berichterstattung zur Keupstraße nicht nur dramatisiert, sondern es fand auch eine Ethnisierung dieser Probleme statt. Denn die Kriminalität wird nicht als ein z.B. durch Vernachlässigung und Stigmatisierung eines Stadtviertels entstandenes sozial-räumliches Problem, ein mit bestimmten sozialen Verhältnissen verbundenes Problem der bundesrepublikanischen Gesellschaft diskutiert, sondern als ein importiertes Problem „ausländischer Banden“, als Ausdruck einer besonderen Eigenschaft von Menschen, hier der „Türken“.

In der Folgezeit übernahm die Presseberichterstattung fast vollständig die unmittelbar nach dem Anschlag von Oberstaatsanwalt Wolf ausgegebenen Losung eines „allgemeindeliktischen Hintergrundes“ der Tat und folgte den Aussagen der Polizei, obwohl diese von keinerlei Indizien gedeckt waren.

Zwar wurde in fast allen untersuchten Zeitungen erwähnt, dass die Mehrheit der Anwohnerinnen eine rassistische bzw. rechtsextremistische Motivation für die Tat annehme. Dieser Verdacht wurde aber meist als haltlose Mutmaßung oder als Abwehrreflex der türkischen Communities abgetan.

Am schärfsten formulierte es der Spiegel: „Die schwer durchdringbare Parallelwelt der Türken schützt die Killer“ und schiebt damit den Opfern direkt die Schuld an den Verbrechen zu.

Nach Aufdecken der NSU-Täterschaft standen zum einen deren Taten im Zentrum der Aufmerksamkeit, zum anderen wurde aber nun auch gefragt, wie es dazu kommen konnte, dass Polizei und Verfassungsschutz so einseitig in eine bestimmte Richtung ermittelten. Warum wurden gegenläufige Hinweise und Ermittlungsbestrebungen nicht nur ignoriert, sondern bewusst unterdrückt. Warum wurde z.B. dem Hinweis nicht nachgegangen, in dem auf die Ähnlichkeit zwischen Phantombildern von Verdächtigen aus Nürnberg und dem Bild des Täters aus der Keupstraße hingewiesen worden war.

Auch der Frage, ob die Medienberichterstattung einen Beitrag zur Reproduktion von Vorurteilen geleistet hat, wurde in allen Zeitungen ein gewisser Raum eingeräumt. Die Kritik machte sich allerdings meist nur an dem von den Medien unkritisch von der Polizei übernommenen und zum Unwort des Jahres 2011 gekürten Begriff der „Dönermorde“ fest. Eine weitergehende Auseinandersetzung mit der Art der eigenen Berichterstattung, der benutzten Sprache und den benutzten Bildern, blieb letztlich aus. Vielmehr findet man weiterhin Begriffe wie „Klein-Istanbul“, „Muster-Clans“ und „Parallelgesellschaften“ und bleibt damit in genau jenen Sprachgebrauch, dem auch der rassistische Begriff der „Dönermorde“ entstammt. Die Art der Pressebericht-

erstattung ist deshalb eine wesentliche Ursache dafür, dass die Anwohnerinnen der Keupstraße sich von der Mehrheitsgesellschaft ausgestoßen fühlen. So sagte eine Bewohnerin: „Die Medien haben einen großen Teil dazu beigetragen, Vorurteile zu säen“. Stärker auf Inklusion zielende Begriffe wie „Kölner und Kölnerinnen“ fanden sich nur vereinzelt in der Kölner Lokalpresse.

Die Medienberichterstattung produzierte und reproduzierte also eine stereotype Sicht auf angeblich kriminelle MigrantInnen, auf Menschen, die angeblich nicht hier hin gehören. Sie knüpfte nahtlos an das rassistische, schon über Jahre konstruierte sog. "Wissen über die Anderen" an. Sie verfestigte damit die schon bestehende rassistische Denk- und Wahrnehmungsstruktur: die Spaltung der Gesellschaft in die sog. Ursprungs- oder Bio-Deutschen und die als nicht zugehörig konstruierten Anderen, Fremden.

Und ein Problem wurde fast gänzlich vernachlässigt: Es wurde kaum danach gefragt, welches Ziel und welche Wirkung die Morde des NSU für die einzelnen Menschen und für das Zusammenleben **aller** Menschen in dieser Gesellschaft haben. Im Mittelpunkt der Erörterung standen – wenn es wohlwollend gemeint war - die Ziele und Wirkungen des Anschlags für die Opfer, die betroffenen „TürkInnen“ und die „türkische Community“. Es wurde kaum die Frage gestellt, was ist mit dieser bundesrepublikanischen Gesellschaft los?

Wir wollen jetzt noch kurz etwas dazu sagen, wie sich all dies auf die Menschen aus der Keupstraße ausgewirkt hat, wie wir es von Bewohnern der Keupstraße bei unseren Treffen erfahren haben.

Erstmal allgemein: Das Wort Trauma bedeutet Verletzung oder Verwundung, die durch einen Unfall oder eine Gewalteinwirkung hervorgerufen wurde. Eine starke psychische Erschütterung wird analog als Psychotrauma bezeichnet.

Traumatisierende Ereignisse sind z.B. Naturkatastrophen, Krieg, Folter, ein Unfall mit drohenden ernsthaften Verletzungen, ein terroristischer Anschlag oder die Beobachtung des gewaltsamen Todes oder schwerer Verletzungen anderer Menschen.

Extremer Stress, Gefühle der Hilflosigkeit und des Entsetzens sind die Folge.

Aber auch weniger dramatisch erscheinende Ereignisse wie schwere persönliche Angriffe und massive Herabsetzungen können zu einem Zustand intensiver Hilflosigkeit, zu einem Psychotrauma führen.

Die Schwere einer posttraumatischen Belastung ist bei länger andauernden Traumata größer als bei einmaligen Traumata. Und: ein von Menschen verursachtes Trauma ist schlimmer als ein Trauma durch ein Unglück.

Wenn Erlebnisse nicht ausreichend verarbeitet werden können, kann es zu einer sogenannten posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) kommen.

Zum Verarbeiten eines Traumas ist wichtig: die Benennung der Tatsachen, die Anerkennung als Opfer, die Unterstützung durch das soziale Umfeld, über das Erlebte

sprechen und es einordnen zu können, die Bestrafung der Täter und deren Bitte um Entschuldigung.

All dies ist nach dem Anschlag in der Keupstraße nicht geschehen. Im Gegenteil: Zusätzlich zu dem Versuch der Neo-Nazis, die Keupstraßen-Bewohner durch Mordanschlag „auszubürgern“, haben die Verantwortlichen aus staatlichen Institutionen und Medien alles getan, um die Wirkungen dieses Anschlags noch weiter zu zuspitzen.

Nach dem Trauma durch den Nagelbombenanschlag mit den blutenden Verletzten auf der Straße, dem Brand, dem Schrecken, was da aus heiterem Himmel losgebrochen ist, kamen dann weitere Schrecken. Opfer, Angehörige und Zeugen wurden über Jahre schikaniert und als Täter behandelt:

In der Folgezeit dauernde Verhöre, blinde Unterstellungen und Verdächtigungen. Die Polizei stürmte Wohnungen, trat Türen ein, verhaftete von ihnen Verdächtige vor den Augen ihrer Kinder. Opfer wurden am Tag nach dem Anschlag auf der Intensivstation verhört. Opfer und Angehörige wurden wöchentlich zu Verhören geladen, auch nachts aus ihren Betten gerissen.

Durch die Verhöre von Familienangehörigen, Nachbarn und Arbeitskollegen, wurden Verdächtigungen gestreut. Und jeder konnte unter Verdacht geraten und nicht wissen, was seine Nachbarn von ihm dachten.

Die Verdächtigungen folgten dem sattsam bekannten Muster von Zuschreibungen der „Ausländerkriminalität“: Die Opfer wurden verdächtigt und unter Druck gesetzt zugeben, in kriminelle Machenschaften verwickelt zu sein. Ihnen wurden auch außer-eheliche Beziehungen unterstellt, dass das Bombenattentat ein Racheakt sei. Was eine solche Unterstellung für Ehepaare bedeutet, dass dies Familien zerstören kann, kann sich jeder vorstellen.

Und ihnen wurde mit diesen Verdächtigungen ja auch unterstellt, durch den Bombenanschlag die eigenen Familien und Nachbarn schwer verletzt und tödlich bedroht zu haben.

Dieses Gegeneinander-Ausspielen erzeugte Zweifel, Unsicherheit und Mißtrauen. Nach dem Trauma des Anschlags folgte die weitere Traumatisierung durch die Polizeimaßnahmen, durch die Verdächtigungen, durch die Zerstörung des sozialen Zusammenhalts. Etliche Bewohner zogen fort, es gab auch Selbstmorde, die Keupstraße wurde gemieden, etliche Geschäfte mussten aufgeben.

Insgesamt leiden die Menschen der Keupstr. bis heute unter den Folgen des Neo-Nazi-Attentats und der nachfolgenden Angriffe der Medien und staatlichen Institutionen auf sie. In der Keupstraße gab es von Anfang an die Einschätzung, dass der Bombenanschlag eine Tat von Außenstehenden mit rassistischer Gesinnung war. Jeder wußte, dass es nur ein Zufall war, wenn er/sie nicht selbst verletzt worden war. Und da ja die Polizei in Richtung Neonazis keinerlei Aufklärungswillen zeigte, im Gegenteil, diese Ermittlungsrichtung zum Tabu erklärte, blieb die Verunsicherung, dass sich das alles wiederholen kann, und besteht auch heute noch. Es herrscht ständige Angst vor einem

erneuten Anschlag; die Nebenkläger aus der Keupstraße und die Zeugen haben Angst, vor Gericht auszusagen, weil sie befürchten bedroht zu werden. Und sie werden es. Wie wir gehört haben, ist vor einigen Tagen ein Neo-Nazi, ein Skinhead in der Keupstraße aufgetaucht. Bezeichnenderweise fuhr er auf einem Fahrrad auf dem Bürgersteig und als er zur Rede gestellt wurde, hat er gesagt, in einer Woche seit ihr alle weg.

Der Nazi-Anschlag und das Agieren der staatlichen und medialen Täter hinter den Tätern des NSU haben sich massiv auf alle rassistisch ausgegrenzten Menschen in der BRD ausgewirkt.

Denn zu erfahren, dass jederzeit auf jeden, auf mich und meine Familie, meine Freunde und Nachbarn ein mörderischer Anschlag möglich ist und dass die Mehrheitsgesellschaft das im günstigsten Fall mit Gleichgültigkeit hinnimmt,

zu wissen, dass die staatlichen Institutionen solche Angriffe nicht konsequent aufklären und nicht interessiert sind, meine Sicherheit und die meiner Familie und Nachbarn zu gewährleisten, was - wie man als BürgerIn zuerst einmal denkt - eigentlich ihre Aufgabe wäre,

das alles zu wissen führt zu einer ständigen und existenziellen Verunsicherung, insbesondere auch im Kontakt mit der Mehrheitsgesellschaft. Mit welchem Gefühl steigt ein Mensch mit einem anderen als bundesrepublikanischen Hintergrund in die Straßenbahn, wenn er zuvor an den Haltestellen mal wieder die Schlagzeilen von Bild und Express über die kriminellen oder schmarotzenden Ausländer oder über „Dönermorde“ lesen muss und so immer wieder die rassistische und in letzter Konsequenz tödliche Ausgrenzung aus der Gesellschaft erfährt?

Der nur zu verständliche Rückzug in die vertrauten Kreise wird dann wiederum als Leben in einer „Parallelgesellschaft“ zum Vorwurf gemacht wird. Dabei ist das ein Schutzmechanismus, den die Mehrheitsgesellschaft selbst produziert und der nicht den Opfern vorgeworfen werden kann.

Und wie haben wir reagiert, die wir eine solche rassistische Gesellschaft nicht wollen?

Jede und jeder muss da nochmal in sich gehen, wie sie/er damals die Nachricht von dem Nagelbombenanschlag wahrgenommen, eingeschätzt und wie sie/er reagiert hat.

Was dachte sie/er von den Verlautbarungen der Politiker, der Ermittlungsbehörden und über die medialen Inszenierungen?

Wie kam es, dass nur sehr wenige Menschen z.B. von ÖgG auf der Straße und in der Keupstraße waren, um zu demonstrieren: wir sind solidarisch mit den Betroffenen und vor allem: der mörderische rassistische Anschlag ist gegen uns alle gerichtet!

Da muss jede und jeder für sich prüfen, wieweit das Gefühl und das Denken, „das sind Fremde, Andere, doch nicht so ganz Dazugehörige“, also rassistische Zuschreibungen bei ihr/ihm doch insgeheim eine gewisse Rolle spielten oder spielen.

Wir sagen: Die Mehrheitsgesellschaft (die Konkurrenzgesellschaft) ist das Problem

Neben diesem individuellen Hinterfragen der eigenen Reaktionen ist spätestens mit der Aufdeckung des NSU-Terrors klar geworden, dass diese bundesrepublikanische Gesellschaft ein massives Problem hat. Nicht die Menschen in der Keupstraße oder die von der mörderischen Ausbürgerung betroffenen Menschen sind das Problem, sondern die Täter, die Täter hinter den Tätern und die hinter ihnen stehenden Menschen aus der Mehrheitsgesellschaft.

Heute weiß jeder: nicht die Juden waren das Problem in Deutschland, sondern die Antisemiten der deutschen Gesellschaft. Analog gilt das auch hier.

Es muss jeder und jedem klar werden, dass sie/er leider (noch?) in einer Gesellschaft lebt, die Menschen erster, zweiter oder dritter Klasse konstruiert. Konkurrenz im Kampf um den Reichtum der Gesellschaft und die angeblich so knappen ökonomischen und sozialen Ressourcen ist die wesentliche Triebfeder in kapitalistischen Gesellschaften und die Vernichtung der Konkurrenten ist grundsätzlich darin angelegt. Rassistisches Denken und Handeln ist eine Form dieser Vernichtungskonkurrenz.

Die Aufspaltung der Bevölkerung, das gegeneinander Auspielen von Menschen und Menschengruppen ist von politischen, ökonomischen und medialen Akteuren durchaus gewollt im Interesse des Machterhalts und der Funktionsweise des ökonomischen Systems.

Aber auch im Alltagsbewusstsein ist es Gang und Gäbe, sich durch die Abwertung anderer Menschen als etwas Besseres aufzubauen, um eigene Gefühle der Bedeutungslosigkeit und Minderwertigkeit zu kompensieren. Wenn man schon sonst nichts hat oder die Angst hat, in der Konkurrenz zu scheitern und sich vom sozialen Abstieg bedroht fühlt, Angst hat, prekariert und als überflüssig ausgesondert zu werden, dann hat man wenigstens die Gnade der deutschen Geburt durch die Vorfahren als Begründung, besondere Anrechte zu haben.

So wird die sozio-ökonomische Konkurrenz in dieser Gesellschaft entlang ethnischer und nationaler Unterschiede konstruiert und die **wirkliche** Spaltung der Gesellschaft, die **soziale** Spaltung verschleiert.

Die Konkurrenz als **Basis** dieser Gesellschaft, in der wir leben, und das Zusammenspiel von politisch-ökonomischen Herrschaftsinteressen und medial konstruiertem Alltagsbewusstsein, das ist der Boden, aus dem das kroch - nicht nur 1933, sondern hier und jetzt.

Analysen haben gezeigt, dass sich mit nur geringer zeitlicher Verschiebung rassistische Anschläge gehäuft haben, wenn z.B. vom Asylmissbrauch, von der „deutschen Leitkultur“, oder den angeblich bedrohten „christlich-abendländischen Werten“ phantasiert wurde und gegen „Asylantenflut“, „Sozialschmarotzer“, „Einwanderung in die sozialen Netzwerke“ usw. gehetzt wird.

Es besteht also ein Zusammenhang zwischen rassistischer Hetze und Ausgrenzung und den Anschlägen auf die so ins Visier genommenen Menschen. Die Neonazis sind nur die Vollstrecker dieser rassistischen Propaganda, sie sind die Brandstifter, dahinter stehen die Biedermänner und Biederfrauen.

Zur Zeit erleben wir wieder eine Welle populistischer Propaganda und rassistischer Ausgrenzung ausländischer Menschen und wir müssen feststellen, dass diejenigen, die diese Propaganda machen, offenbar keinerlei Skrupel haben, die Rassisten in der Gesellschaft und die Neonazis wieder zu ihrem Terror - zumindest objektiv - zu ermutigen. Die rassistischen Diffamierungen, Drohungen und Angriffe auf Flüchtlingsheime und nicht-biologische Menschen sind folglich in den letzten Monaten wieder erheblich angestiegen.

Wer **nicht** in einer Gesellschaft leben will, in der Menschen wieder wie in der Nazizeit aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Religion, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Krankheiten oder Behinderungen oder als Obdachlose, als sogenannte Asoziale oder als politisch Andersdenkende ausgegrenzt, verfolgt und getötet werden,

wer in einer Gesellschaft leben will, in der die Menschenrechte unteilbar für alle gelten, muss sich gegen diese rassistische Diskriminierungen befördernde Politik, auch in den Medien, muss sich gegen die Verharmlosung der neonazistischen Entwicklung, gegen die bewusste Verschleierung durch die Ermittlungsbehörden und gegen die objektive Kumpanei mit der rechten Terrorszene wenden und seine Haltung aktiv deutlich machen.

Dazu gehört als erstes ganz praktisch, die von den Ausgrenzungen und Übergriffen betroffenen Menschen nicht allein zu lassen.

Dazu hat sich in Köln eine Initiative gebildet – Die „Initiative Keupstr. ist überall“. Wir wollen zum NSU-Prozess nach München fahren, wenn der Bombenanschlag in der Keupstraße dort verhandelt wird.

Zum einen wollen wir die Bewohner der Keupstraße, die dort als Nebenkläger sein werden, unterstützen bei der für sie schweren Konfrontation mit den NSU-Tätern und anderen Neonazis, die sich immer dreister vor dem Gericht aufpflanzen..

Zum anderen wollen wir zeigen, dass die Täter es nicht geschafft haben, die Menschen in der Keupstraße zu isolieren und zu kriminalisieren, sondern dass ihre Taten jetzt eher Verbindungen geschaffen und gestärkt haben.

Und wir wollen zeigen, dass wir nicht in einer Gesellschaft leben wollen, in der Menschen wegen ihrer Herkunft diskriminiert, rassistisch ausgegrenzt, bedroht und ermordet werden, Menschen erster und zweiter Klasse konstruiert werden, sondern dass wir in einer Gesellschaft leben wollen, in der die Menschenrechte für alle unteilbar gelten.

Wir zeigen jetzt den **FILM** "Ich kenne meine Feinde" - Die migrantische Community und der NSU.

Die Kölner Initiative

In Köln hat sich die „**Initiative Keupstraße ist überall**“ gegründet, die sich zum Ziel gesetzt hat,

- die betroffenen Menschen aus der Keupstr. zu unterstützen und
- gemeinsam ein Zeichen gegen Rassismus und Ausgrenzung zu setzen
- den über 20 Opfern des Nagelbombenattentats von 2004, die als NebenklägerInnen zum Prozess nach München fahren, Rückhalt zu geben. und den Mut der Zeugen, den Angeklagten gegenüber zu treten, zu unterstützen
- beim Prozess in München
 - deutlich zu machen, dass die Nazis und ihre Unterstützer in Gesellschaft, Polizei und VS ihr Ziel der Terrorisierung und Vertreibung nicht erreichen werden und
 - gegen die nicht nur von den Nazis beabsichtigte rassistische Spaltung der Gesellschaft zu demonstrieren,
- mit Nachdruck deutlich zu machen, dass die Nazianschläge sich gegen alle richten, die eine offene Gesellschaft wollen.

Die "Initiative Keupstraße ist überall" wird den Kontakt und das Zusammenleben der Menschen unterschiedlicher Herkunft in den Stadtvierteln weiter intensivieren und sich auch in Zukunft eindeutig gegen alle Formen der Ausgrenzung zur Wehr setzen.

Konkret will der Kreis mit Bussen nach München fahren, wenn dort das Attentat von Köln verhandelt wird. Wir laden alle Kölnerinnen und Kölner ein, mit nach München zum NSU-Prozess zu fahren.